



Wie positioniert sich Ihre Partei zu folgenden Themen?

Verbandsklagerecht auf Bundesebene

In acht Bundesländern gibt es mittlerweile das Verbandsklagerecht. Die von Kritikern gefürchtete Klageflut blieb bisher aus, vielmehr nutzen die anerkannten Tierschutzvereine vermehrt ihr Mitwirkungsrecht und arbeiten mit den Behörden zur Sicherung des Tierwohls zusammen. Das Verbandsklagerecht sorgt somit dafür, dass die Tiere endlich eine Stimme bekommen und zeigt sich als gutes Instrument, um bessere Haltungsbedingungen durchzusetzen.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine auf Bundesebene einsetzen?

Ja. Wir wollen die demokratischen Mitwirkungsrechte anerkannter Tierschutzorganisationen stärken und ihnen ein Klagerecht einräumen. Die Einführung eines Verbandsklagerechts hebt das bisherige Ungleichgewicht im Kräfteverhältnis zwischen Tiernutzern und Tieren auf und macht Tierschutzrecht gerichtlich einklagbar. Wir befürworten außerdem die Einführung eines/r Bundesbeauftragten für Tierschutz, die/der Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte besitzt und die für den Tierschutz zuständigen Behörden des Bundes kontrollieren und Rechtsverstöße beanstanden kann.

Tierschutzgesetz

Seit 2002 steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz, doch auch 15 Jahre danach weist das Tierschutzgesetz gravierende Lücken auf. Zwar gibt es ein grundsätzliches Verbot, Tieren ohne vernünftigen Grund Schmerzen und Leiden zuzufügen, doch gibt es dazu in allen Bereichen zu viele Ausnahmen.

Wird sich Ihre Partei für eine Überarbeitung des Tierschutzgesetzes einsetzen, die diese Ausnahmen auf ein Minimum beschränkt?

Wir setzen uns für eine grundlegende Überarbeitung des Tierschutzgesetzes ein. Damit ist es uns so ernst, dass wir als Oppositionspartei selbst einen Entwurf ausgearbeitet haben, der das Leben der Tiere deutlich verbessern würde: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/097/1709783.pdf> .

Tiere müssen um ihrer selbst Willen und in ihrer Integrität besser geschützt werden. Das Staatsziel Tierschutz muss endlich mit Leben gefüllt werden.



Nutztiere

Hochleistungszuchten

Im Nutztierbereich ist die Zucht spezialisierter Hochleistungshybride Standard. Legehennen, Puten, Milchkühe und Schweine werden nur für den Zweck gezüchtet, besonders viel Milch, Eier oder Fleisch zu erzeugen. Diese Hochleistungszucht führt zu starken gesundheitlichen Schäden der Tiere und hat beispielsweise das millionenfache Schreddern von männlichen Küken der Legehennen zur Folge. Zweinutzungsrasen, die für die Erzeugung von Fleisch und anderen tierischen Produkten gleichermaßen genutzt werden können, haben kommerziell keine Bedeutung.

Wird sich Ihre Partei für eine Förderung der Zweinutzungsrasen und eine Einschränkung der Nutzung von Hochleistungshybriden einsetzen?

Hochleistungszucht erzeugt häufig Qualen bei den Tieren, das lehnen wir ab. Wir setzen uns ein für einen deutlichen Ausbau der Förderung von Zweinutzungsrasen und wollen dafür ein „Bundesprogramm Nachhaltige Zucht“ auflegen.

Eingriffe an Tieren in der Landwirtschaft

Mit der Änderung des Tierschutzgesetzes im Jahr 2013 wurde die betäubungslose Ferkelkastrierung zum 31.12.2018 verboten. Allerdings erlaubt das Tierschutzgesetz in § 5 schmerzhaft Eingriffe ohne Betäubung an weiteren Tieren, wie beispielsweise die Kastration von Rindern, Schafen und Ziegen bis zu einer gewissen Altersgrenze. Auch die Enthornung von Ziegen, das Kupieren des Schwanzes bei Ferkeln und Lämmern und das Abschleifen von Eckzähnen bei Ferkeln ist jeweils bis zu einer Altersgrenze im Einzelfall erlaubt. In der Praxis werden diese Manipulationen regulär und nicht nur in Einzelfällen angewendet. Auch wenige tage- oder wochenalte Tiere empfinden Schmerzen, daher sind die Eingriffe für die Tiere mit erheblichen Schmerzen und Leiden verbunden.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Amputationen/Manipulationen an Tieren und für die konsequente Umsetzung dieses Verbots einsetzen?

Wir wollen das Tierschutzgesetz so verbessern, dass Amputationen, mit denen Tiere an Haltungssysteme angepasst werden sollen, wirkungsvoll verboten werden. Bestehende Schlupflöcher müssen geschlossen werden.



Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

In der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung wird nicht explizit auf die Haltungsanforderungen für viele Nutztierarten eingegangen. So gelten beispielsweise keine genauen Vorschriften für die Haltung von Milchkühen, Ziegen, Schafen, Gänsen, Enten und Puten. Somit gibt es keine Verordnung, die die Haltung dieser Tiere rechtsverbindlich regelt, es existieren lediglich nicht-rechtsverbindliche Empfehlungen, Leitlinien oder freiwillige Verpflichtungen.

Wird sich Ihre Partei für die Formulierung von rechtsverbindlichen Haltungsanforderungen für Tierarten, die in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung nicht explizit aufgeführt werden, einsetzen?

Werden Sie sich dabei an den im TSchG § 2 aufgeführten Grundsätzen orientieren?

Wir setzen uns dafür ein, dass es für alle Tiere in der Landwirtschaft Haltungsanforderungen in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung gibt. Dass diese sich an den im TSchG § 2 aufgeführten Grundsätzen orientieren, ist für uns eine rechtliche und ethische Selbstverständlichkeit.

Anbindehaltung von Rindern

Trotz eines Vorstoßes des Bundesrates im April 2016 ist die ganzjährige Anbindehaltung von Rindern in Deutschland weiterhin erlaubt. Dabei ist erwiesen, dass schon eine saisonale Anbindehaltung den Tieren erhebliche körperliche Schmerzen zufügt und sie in ihren arttypischen Verhaltensweisen behindert.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der ganzjährigen wie auch der saisonalen Anbindehaltung von Kühen/Rindern einsetzen?

Wir wollen ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Rindern, da dieses Haltungssystem wegen der immensen Einschränkung der Grundbedürfnisse (Bewegung, Erkundung, Sozialverhalten etc.) keine tiergerechte Haltung darstellt und § 2 des Tierschutzgesetzes widerspricht. Generell sollten alle Haltungssysteme so ausgerichtet werden, dass die Rinder Auslauf haben und auf die Weide kommen.

Schlachtung

Durch Akkordarbeit und mangelnde Sachkenntnis beim Einsatz von Betäubungsgeräten kommt es in Schlachthöfen häufig zu Fehlbetäubungen. Dadurch werden Tiere bei vollem Bewusstsein geschlachtet.

Wird sich Ihre Partei für stärkere Kontrollen und Auflagen für Schlachthöfe, insbesondere im Bereich der Betäubung, einsetzen?

Wir wollen mehr Tierschutz an Schlachthöfen, und auch bessere Arbeitsbedingungen dort. Was den Tierschutz angeht, wollen wir Regelungen, die sicherstellen, dass alle am Schlachtvorgang



Beteiligten über die notwendigen Fachkunde verfügen. Die Zahlung von Stücklöhnen oder Akkordlöhnen wollen wir verbieten, um die notwendige Ruhe und Sorgfalt zu gewährleisten. Und für das Betäuben und Töten wollen wir je nach Tierart eine maximal zulässige Tierzahl pro Stunde festlegen. Mit Zustimmung des Bundesrates wollen wir zudem die Voraussetzungen für die Kontrollen an den Schlachthöfe verbessern, und dazu insbesondere die Entwicklung verlässlicher automatisierter Verfahren zur Überprüfung des Erfolgs von Betäubung und Entblutung vorantreiben.

Verbot von Kastenständen

In vielen EU-Ländern ist die Haltung von Sauen im Kastenstand bereits verboten, in Deutschland wurde auf der Agrarministerkonferenz ein „weicher“ Ausstieg mit Übergangsfristen von bis zu 20 Jahren beschlossen. Bei der Kastenstandhaltung handelt es sich um eine tierquälerische Haltungspraktik, die die Sauen vollkommen in ihrer Bewegungsfähigkeit einschränkt.

Wird sich Ihre Partei für einen früheren und kompletten Ausstieg aus der Kastenstandhaltung ohne Ausnahmeregelungen einsetzen?

Die Fixierung von Sauen kann nie den Ansprüchen der Tiere und den Ansprüchen an eine artgerechte Tierhaltung genügen. Daher setzen wir uns für eine Tierhaltung ein, in der die Haltungssysteme so gestaltet sind, dass Kastenstände bis auf wenige Ausnahmen (medizinische Behandlung) ausgedient haben.

Lebensmittel

Kennzeichnung von Produkten mit verarbeiteten Eiern

Frische Eier müssen in Deutschland gekennzeichnet sein, sodass der Verbraucher sich leicht für oder gegen eine bestimmte Haltungsform der Hühner entscheiden kann. Sobald die Eier jedoch verarbeitet werden entfällt die Kennzeichnungspflicht und somit die Klarheit für den Verbraucher.

Wird sich Ihre Partei für eine Kennzeichnungspflicht von verarbeiteten Eiern in Lebensmitteln einsetzen?

Ja. Wir fordern seit langem eine Kennzeichnungspflicht von verarbeiteten Eiern in Lebensmitteln.

Generelle und einheitliche Kennzeichnung von tierischen Produkten



Immer mehr Verbraucher legen Wert auf die Herkunft ihrer Lebensmittel und die Haltung der lebensmittelliefernden Tiere, um basierend darauf ihre Kaufentscheidung zu treffen. Insbesondere bei tierischen Produkten gibt es viele verschiedene Kennzeichnungen bzw. Siegel von Erzeugern, dem Einzelhandel oder Tierschutzorganisationen. Eine einheitliche Kennzeichnung, in der die Haltungsform erkennbar wird, würde den Verbrauchern und somit auch den Tieren helfen.

Unterstützt Ihre Partei die Idee einer einheitlichen Kennzeichnung?

Ja. Wir fordern die Einführung einer verbindlichen Tierhaltungskennzeichnung bei tierischen Produkten, analog zur bereits existierenden Kennzeichnung bei Schaleneiern (also: 0, 1, 2, 3).

Reduktion des Fleischkonsums und Einführung obligatorischer vegetarischer Gerichte in Kantinen/Mensen

Viele Studien haben bewiesen, dass der derzeitige Fleischkonsum der Bevölkerung zu hoch ist und nur durch immer intensivere Massentierhaltung gedeckt werden kann, was massives Tierleid nach sich zieht, aber auch massiv unsere Umwelt schädigt.

Wird sich Ihre Partei für die Reduktion des Fleischkonsums durch Aufklärung der Bürger einsetzen? Wie stehen Sie zu der Idee obligatorisch vegetarische Gerichte in Kantinen und Mensen einzuführen?

Gutes vegetarisches und veganes Essen sollte zum alltäglichen Angebot in Schulen, Kitas und Kantinen gehören. Wir setzen uns dafür ein, das Essensangebot vegetarischer und veganer Gerichte in öffentlichen Kantinen zu stärken damit jedeR die Möglichkeit hat, vegetarisch oder vegan zu essen. Außerdem wollen wir klare Kennzeichnungsregelungen für vegetarische und vegane Lebensmittel: Daher setzen uns für eine verbindliche europäische Definition der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ ein und wollen, dass auf Lebensmitteln angegeben wird, wenn tierische Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Produktion verwendet wurden. Die steuerliche Schlechterstellung von bestimmten vegetarischen Lebensmitteln gegenüber anderen Lebensmitteln wollen wir beenden.

Wildtiere

Wildtierverschickung im Zirkus

Die artgerechte Haltung von Wildtieren stellt eine große Herausforderung dar, der selbst Zoos oft nicht gewachsen sind. Zirkusse können aufgrund des regelmäßig wechselnden Standortes die Anforderungen nicht erfüllen. Die im Jahr 2013 eingeführte Ermächtigung zur Einschränkung der Wildtierhaltung im Zirkus ist nicht weitreichend genug zum Schutz der Tiere.

Wird sich Ihre Partei für ein generelles Wildtierverschickung im Zirkus einsetzen?



Ja. Wir setzen uns seit langem für ein Wildtierverbot im Zirkus ein. In Ländern wie Österreich, Großbritannien oder Bulgarien ist die Wildtierhaltung in Zirkussen bereits seit Jahren verboten. Wir wollen die Qual der Wildtiere im Zirkus in Deutschland beenden. Es gibt genügend Beispiele für Zirkusunternehmen, die allein durch ihre Akrobaten und Showeinlagen überzeugen.

Verbot von Delfinarien

Bereits in vielen Studien wurde nachgewiesen, dass Delfine hochintelligente Tiere sind. Die Haltung dieser Tiere in engen und eintönigen Becken zur Belustigung von Besuchern ist somit Tierquälerei. In Deutschland gibt es noch zwei Delfinarien in den Zoos von Nürnberg und Duisburg.

Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot der Haltung von Walen und Delfinen in Deutschland aus?

Die Haltung von Delfinen ist in Deutschland tiergerecht nicht möglich und muss daher aus unserer Sicht beendet werden.

Bundesjagdgesetz

Viele Jagdgesetze der Länder orientieren sich nicht an Nachhaltigkeit und Prinzipien des Tier-, Natur- und Artenschutzes. Auch das Bundesjagdgesetz gibt keine Vorgaben zu einer ökologischen Ausrichtung der Jagd.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Fallen- und Baujagd sowie die Jagd mit Schrot und Blei aus Tier- und Naturschutzgründen zu verbieten?

Wir lehnen die Jagd mit Blei ab. Aus Tierschutzgründen ist ein Verbot der Jagd mit Totschlagfallen überfällig, weil mit keiner Totschlagfalle die vom Gesetz geforderte sofortige Tötung und die notwendige Selektivität der Fallenjagd garantiert werden kann. Auch die Baujagd ist tierquälereich und nicht mit dem Grundsatz der Jagdverschonung für die Aufzucht der Jungtiere vereinbar.

b) Unter Betrachtung der Jagdzeiten für alle jagdbaren Tiere ist die Jagd insgesamt im gesamten Jahr möglich. Dies führt zu erheblichen Störungen des Wildes, insbesondere in der Zeit der Paarung und der Jungtieraufzucht. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine generelle und umfassende Schonzeit zwischen dem 15. Dezember und 15. September einzuführen und Treibjagden nur in den Monaten Oktober und November zu erlauben?

Um Jagdruhe tatsächlich gewährleisten zu können, sind die Jagdzeiten bei den verschiedenen Arten weitgehend zu synchronisieren und die Schonzeit auszudehnen.

c) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, alle Vogelarten sowie bedrohte Tierarten von der Liste der Arten, die dem Jagdrecht unterliegen, zu streichen?



Geschützte Tiere wollen wir aus der Liste der jagdbaren Arten streichen. Einige Vogelarten können weiter bejagt werden (u. a. Fasan und einige Gänse- und Entenarten und nicht bedrohte Taubenarten).

Heimtiere

Bundesweite Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

In deutschen Haushalten leben über 12 Millionen Katzen, die von ihren Besitzern zumeist gut versorgt werden. Dem gegenüber stehen etwa zwei Millionen Streunerkatzen, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen. Die unkastrierten Freigängerkatzen sorgen dafür, dass diese Zahl stetig steigt. Und mit ihr steigt nicht nur das Leid der Tiere, sondern auch die Kosten für die Tierheime und Vereine, welche die Streunerkatzen versorgen. Eine bundesweite, flächendeckende Kastrationspflicht kann dieses Problem deutlich verbessern. Eine Ermächtigung der Bundesländer selbst über eine Kastrationspflicht zu entscheiden hat nur dazu geführt, dass einzelne Länder die Entscheidung an Kreise und Kommunen übertragen haben.

Unterstützt Ihre Partei eine bundesweite und flächendeckende Kastrationspflicht für Freigängerkatzen?

Ja, wir unterstützen eine bundesweite und flächendeckende Kastrationspflicht für Freigängerkatzen. Die jetzige Regelung ist aus unserer Sicht unzureichend.

Bundesweites Haltungsverbot für Gefahrtiere

Die Haltung von Gefahrtieren wie Giftschlangen, Krokodile und Skorpione in privaten Haushalten birgt nicht nur Gefahren für den Halter selbst, sondern auch für Dritte. Immer wieder entweichen Tiere oder werden fahrlässig ausgesetzt. Tierheime oder Auffangstationen stoßen zunehmend an ihre Grenzen bei der Aufnahme und Versorgung der Tiere. Zudem können viele dieser Tiere nicht artgerecht gehalten werden.

Wie positioniert sich Ihre Partei zu einem bundesweiten Haltungsverbot für Gefahrtiere?

Wir wollen den Handel und die Haltung von Wildtieren auf die Arten beschränken, deren Haltung aus Tier-, Natur- und Artenschutzgründen, aber auch aus Gesundheits- und Sicherheitsaspekten unbedenklich und dauerhaft zu leisten ist. Dafür soll eine Positivliste aufgestellt werden, die diese Arten sowie Haltungsbedingungen und Anforderungen benennt.

Verbot von Exotenbörsen



Die Zahl der Wildtierhaltungen in Privathaushalten ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen und dadurch auch die Zahl der Messen, auf denen die Exoten verkauft werden. Die Aufbewahrung der Tiere in kleinen Plastikdosen ohne jegliche Rückzugsmöglichkeiten verursacht erheblichen Stress für die Tiere. Zudem sind viele der angebotenen Tiere Naturentnahmen, wodurch den Ökosystemen in den Herkunftsländern ein erheblicher Schaden zugefügt wird und der Artenschutz deutlich erschwert wird. In Österreich wurden Exotenbörsen bereits verboten.

Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Exotenbörsen?

Wir wollen die gravierenden Tierschutzmissstände bei Tierbörsen beenden. Dafür wollen wir die Erlaubnisanforderungen deutlich verschärfen und gewerbliche Tierbörsen für exotische Tiere untersagen.

Tierversuche

Tierversuche

Allein in Deutschland wurden 2015 fast 2,8 Millionen Tiere für Tierversuche verwendet. Dabei sind insbesondere Tierversuche für nicht-medizinische Produkte moralisch mehr als verwerflich. Aber auch die Versuche an Tieren für die Medizin sind nicht nur moralisch sehr fragwürdig, sondern auch noch ineffektiv, denn die Erfolgsquote für klinische Anwendung ist schwindend gering.

Wird sich Ihre Partei für eine deutliche Reduzierung oder sogar den kompletten Ersatz von Tierversuchen einsetzen?

Wir wollen Tierversuche beenden und durch tierfreie Forschungsverfahren ersetzen. Um dies schnellstmöglich zu erreichen, ist eine umfassende Strategie mit Zeit- und Förderplänen nötig. Neben der Änderung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Versuchstier-Verordnung wollen wir die Erforschung von Alternativmethoden stärken und deren Anerkennung und Anwendung beschleunigen.

Förderung von Alternativmethoden

Mehrere Milliarden Euro stellt der Staat jährlich für Forschung an Tieren zur Verfügung, hingegen nur wenige Millionen Euro für die Forschung mit Alternativmethoden.

Wird sich Ihre Partei für die Erhöhung oder sogar Gleichstellung dieser Förderung einsetzen? Und setzen Sie sich für eine Verpflichtung zur Nutzung von Alternativmethoden ein, wenn diese bereits vorhanden sind?

Die bisherigen finanziellen Mittel, die die Bundesregierung zur Entwicklung und Anerkennung von Alternativmethoden zur Verfügung stellt, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir



wollen sie deutlich erhöhen. Tierleidfreien Versuchsverfahren muss endlich zum Durchbruch verholfen werden. Wo immer möglich, sollen tierfreie Forschungsverfahren verpflichtend angewandt werden müssen.

Mehr von Tierschutzorganisationen vorgeschlagene Mitglieder in Tierversuchskommissionen

Nach § 42 Absatz 2 der Tierschutz-Versuchstierverordnung müssen die Tierversuchskommissionen zu mindestens einem Drittel aus Mitgliedern berufen werden, die von Tierschutzorganisationen vorgeschlagen worden sind. Da ein Drittel jedoch nicht genügt um die Interessen des Tierschutzes zu vertreten, sollte die Anzahl der Mitglieder erhöht werden.

Unterstützt Ihre Partei die Erhöhung der von Tierschutzorganisationen vorgeschlagenen Mitglieder in den Tierversuchskommissionen auf beispielsweise die Hälfte?

Wir wollen die Ethikkommissionen zur Bewertung von Tierversuchen mindestens zur Hälfte aus Vorschlagslisten von Tierschutzorganisationen zu besetzen.

Pelz

Endgültiges Verbot von Pelztierfarmen

Durch die Änderung der Nutztierverordnung zur Pelztierhaltung hat ein Großteil der Pelztierfarmen bereits geschlossen. Einige Betriebe klagen aber noch gegen die Verordnung und dürfen solange ihren Betrieb weiterführen. Da Pelz ein unnötiges Luxusprodukt ist, für das die Tiere in der Produktion große Qualen ertragen müssen, sollte die Existenz solcher Farmen in einem Land wie Deutschland überdacht werden.

Setzt sich Ihre Partei für ein endgültiges Verbot von Pelztierfarmen in Deutschland ein?

Importverbot Pelz

Pelz ist ein Luxusartikel, der für unsere Bekleidung keine Notwendigkeit besitzt. Somit leiden Millionen Tiere vollkommen unnötig für dieses Luxusgut.

Wird sich Ihre Partei für ein Importverbot von Pelzen nach Deutschland aussprechen, um damit sinnloses Tierleid zu verhindern?

Die beiden Fragen werden zusammen beantwortet:

Wir wollen ein Verbot der Pelztierhaltung in Deutschland. Das fordert auf grüne Initiative hin auch der Bundesrat. Tiere allein zur Herstellung von Pelz zu halten und zu töten – dazu noch unter miserablen Bedingungen – ist nicht hinnehmbar und nicht mit dem Staatsziel Tierschutz vereinbar. Daneben müssen die Kennzeichnungsregelungen verbessert werden, sodass bei importierten Pelzprodukten klar erkennbar ist, von welchem Tier diese stammen sowie wo und



unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten wurden. Ein generelles Importverbot ist aus EU-rechtlichen Gründen nicht möglich.